

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 30 Kop. Alle Gebührenten und Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abgabepreis: die 1 spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Hg., die 2 spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Hg., ohne Nachschlag, die 1 spaltige 2-spaltige Millimeterzeile 20 Hg. Nachbestellungen • Gebühr: 20 Hg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 32 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 7. Februar 1934

Es liegt an Rußland.

Die Frage der deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In der Halbmonatsschrift der Handelsvertretung der UdSSR (Sowjetrußland) in Deutschland „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ Nr. 1/2 findet sich eine kurze Abhandlung über „Die neuen handelspolitischen Maßnahmen Deutschlands und der sowjetisch-deutsche Handelsverkehr“. Der Verfasser des Artikels beschäftigt sich u. a. mit einer Rede, die der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Poffe, Mitte Dezember 1933 in einer Sitzung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages gehalten hat. Diese Rede und die Behandlung der handelspolitischen Frage in der deutschen Tagespresse und Wirtschaftsliteratur der letzten Zeit zeigen nach Ansicht des Verfassers eine Tendenz, die mit der Wiederbelebung des sowjetisch-deutschen Handelsverkehrs nicht in Einklang gebracht werden könne.

Die Staatssekretär Dr. Poffe in der angeführten Rede und in einer Unterredung über die voraussetzliche Entwicklung der deutschen Handelspolitik, die kürzlich in der Presse veröffentlicht wurde, darlegt, ist die Möglichkeit einer Einigung im Handelsverkehr zwischen den einzelnen Ländern immer mehr ausgehöhlt worden. Es ist darum keine besondere Tendenz der deutschen Handelspolitik, sondern vielmehr die Rücksicht für alle gegenwärtigen und künftigen handelspolitischen Beziehungen, diese auf dem Grundsatz „do ut des“ (der Gegenseitigkeit) aufzubauen. Schließlich ist es ein besonderes Merkmal des nationalsozialistischen Staates, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich das eigene Haus in Ordnung zu bringen, um zu der notwendigen Belebung der Wirtschaft strukturell und konjunkturell von innen herauszukommen. Die eigene Nationalwirtschaft muß wieder gesund werden; dann wird es auch möglich sein, zu einer Belebung des weiteren wirtschaftspolitischen Verkehrs zu kommen.

Im übrigen scheint die Verstärkung der eigenen Nationalwirtschaft heute bei allen Staaten im Vordergrund zu stehen. Denn man sieht diese Entwicklung zu Ende, so führt das ganz grabtief in das Gebiet der Großraumwirtschaft, in der sich gesunde Nationalwirtschaften, die nachbarliche Beziehungen haben und sich produktionsmäßig ergänzen, zu Wirtschaftsbündeln zusammenschließen. Wie eine solche Entwicklung, der sich die deutsche Handelspolitik der Gegenwart angepaßt hat, den sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen nachträglich sein soll, ist nicht ersichtlich. Selbst wenn Deutschland augenblicklich sein besonderes Augenmerk auf Süd- und Osteuropa, den Nordwesten und Skandinavien gerichtet hat, so schließt das doch keinesfalls sein Interesse an der Pflege guter Handelsbeziehungen zu Rußland aus.

In seiner großen Rede vor dem deutschen Reichstag am 30. Januar 1933 hat der Führer, Reichkanzler Adolf Hitler, bei Behandlung der deutsch-russischen Beziehungen ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß auch das nationalsozialistische Deutschland ein gutes Verhältnis zu der Sowjet-Union zu pflegen gewillt ist. Der Nationalsozialismus ist keine Exportware, er ist eine rein deutsche Angelegenheit. Wenn die Sowjetregierung darauf verzichtet, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, so besteht nicht die geringste Veranlassung, eine Trübung in dem deutsch-russischen Verhältnis aufkommen zu lassen.

Wenn Sowjet-Rußland seine Handelsbeziehungen zu Deutschland verbessern will, so steht dem keineswegs etwas im Wege, und es liegt tatsächlich nur an Rußland, wie weit es sich dem deutschen Standpunkt „do ut des“ (der Gegenseitigkeit) anpaßt und seinerseits dazu beiträgt, den Güteraustausch zwischen beiden Nationalwirtschaften zu vermehren.

Staatskommissar für die Stadt Danzig.

Gegen parlamentarische Auswüchse. Unter Ausschaltung der nach parlamentarischen Verhältnissen zusammengelegten kommunalen Staatsbürgererschaft der Stadtgemeinde Danzig hat der Senat der Freien Stadt Danzig als oberste Landesbehörde einen Staatskommissar für die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig eingesetzt und dazu den Diplomingenieur Heinz Eggert (Nationalsozialist) berufen.

Durch diese Maßregel soll ein schnelles und reibungsloses Arbeiten der Verwaltung der Stadt Danzig unabhängig von parlamentarischen Auswüchsen in nationalsozialistischem Sinne gewährleistet werden.

Lasse Deinen Bruder nicht hungern! Arbeite mit am Winterhilfswerk.

Schwere Straßenkämpfe in Paris.

Mehrheit für Daladier. — Tumult in der Kammer.

Die Regierungserklärung Daladiers.

Ministerpräsident Daladier hat in der Kammer eine Regierungserklärung verlesen, in der u. a. gesagt wird: „Seit einem Monat hat der Skandal, der aus einigen individuellen Schwächen entstanden ist, die Arbeit der Kammer gelähmt, die Parteien gegeneinandergeleitet, das Land demoralisiert und den Segnern der Regierung Gelegenheit gegeben, Angriffe wieder aufzunehmen, die die Wachsamkeit der Republikaner in der Vergangenheit jurierte machte.“ Die Regierung, die vor Ihnen steht, hat ihre Aufgabe bereits begonnen. Abgesehen von den Fehlern, die Ihr Untersuchungsausschuß aufdecken wird und die reiflos bestraft werden müssen, hat sie in gewissen öffentlichen Verwaltungen eine Forderung der Wachsamkeit und ein nachlassendes Verantwortungsgefühl festgestellt, die eine Erneuerung der Beamtenschaft und der Methoden erforderlich machen.

Während Ihr Untersuchungsausschuß für die Herstellung der ganzen Wahrheit Sorge tragen wird, muß in den Parlamenten die gesetzgebende Arbeit wieder aufgenommen werden, die durch die Parteileidenschaften gehindert wurde, die aber für das Leben des Landes unentbehrlich ist.“ Daladier wies dann auf die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben hin, die die Parlamente schnellstens zu erledigen hätten, und fuhr dann fort: Gegenüber dem unruhigen und zwiespältigen Europa befähigen wir aufs neue den Frieden- und Sicherheitswillen Frankreichs, dessen gesamte Politik sich in folgende zwei Begriffe zusammenfassen läßt:

internationale Zusammenarbeit und nationale Verteidigung, Treue gegenüber dem Völkerverbund und unseren erprobten Freundschaften.

Der Friede ist ein Ideal. Es genügt nicht, dieses Ideal nur zu wünschen, sondern man muß es in ehrlicher Arbeit verwirklichen. Zu diesem Wert ist eine Mehrheit erforderlich.

In schwierigen Zeiten haben unsere großen Vorfahren die Energie befaßt, die demokratischen Methoden aufrechtzuerhalten. Heute müssen die vereinigten Republikaner ihrem Beispiel folgen, wenn sie das Gedeihen eines der wenigen freiheitlich regierten Länder, die noch in der Welt übriggeblieben sind, sichern wollen. An ihre Einigkeit appellieren wir im Interesse des Vaterlandes.“

Vertrauen für Daladier.

Die Kammer nahm die von Ministerpräsident Daladier gestellte Vertrauensfrage wegen der Vertagung aller Anfragen außer denen von Dommange, Dharnegaray, Franklin-Bouillon und der Kommunistengruppe mit 233 gegen 196 Stimmen an.

Die Vorstellung der französischen Regierung vor der Kammer vollzog sich unter starker Nervosität. Als die Regierung den Sitzungssaal betrat, wurde sie auf der Linken mit Beifall, auf der Rechten mit lärmenden Zurufen empfangen.

Die NS.-Volkswohlfahrt wirbt um Mitglieder.

Der Reichskanzler hat bekanntlich durch Verfügung vom 3. Mai 1933 die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt als führende und zuständige parteiamtliche Organisation für das gesamte Gebiet der Wohlfahrtspflege und Fürsorge im Deutschen Reich bestimmt. Gleichzeitig ist der NS.-Volkswohlfahrt die Führung in der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege übertragen worden.

Wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ist es auch in der Wohlfahrtspflege und Fürsorge notwendig, daß nationalsozialistisches Denken und Wollen stärksten Ausdruck finden. Ihre Hauptaufgabe sieht die NS.-Volkswohlfahrt darin, an sich gesunden Menschen, die durch besondere Umstände in Not geraten sind, zu helfen und sie als erwerbsfähig in den Kreis der Volksgenossen zurückzuführen. Sie will vorbeugend wirken, um lebenswichtigen zu sein, nicht aber lebensunwichtiges künstlich am Leben zu erhalten. Sie wird ihre Sorgfalt den werdenden Müttern, den Schwangeren und Säuglingen, wie auch der heranwachsenden gefährdeten Jugend sowie allen Hilfsbedürftigen widmen, die nach dem nationalsozialistischen Staatsgedanken für den Aufbau des Staates wertvoll und unentbehrlich sind. Große Aufgaben — eine der größten war und ist das Winterhilfswerk, das hauptsächlich von

der NS.-Volkswohlfahrt getragen wird — stehen bevor. Zu ihrer Lösung bedarf es der tatkräftigen Mitarbeit aller Volksgenossen, denen das Gemeinwohl der Nation am Herzen liegt.

Wer noch nicht der NS.-Volkswohlfahrt als Mitglied angehört, hole seine Anmeldung ungekürzt nach. Aufgenommen wird jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, unbescholten sind und über deren rein arische Abstammung kein Zweifel besteht. Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich mindestens 1 Mark, für eingeschriebene Mitglieder der NS.-V. im Monat 50 Hg. Bei allen Ausnahmen wird ein einmaliges Eintrittsgeld von 50 Hg. erhoben.

Die Meldung ist bei der nächsten Ortsgruppenführung der NS.-Volkswohlfahrt, in den Großstädten bei der Kreisführung, deren Sitz von allen Parteidentifikationsstellen zu erfahren ist, anzubringen.

Dresden, den 5. Februar 1934.

Der Reichskanzler in Sachsen, (gez.) Martin M u t s c h m a n n.
Der Landeswahrer der NS.-Volkswohlfahrt, (gez.) W ä t t e r.